



Foto: Michael Kröber

Update aus Berlin

Mai 2024

Zitat der Woche:

*“Wir haben die höchste Zahl
an Erwerbstätigen in der
Geschichte der Bundesrepublik.
Wer da von Faulheit spricht,
hat aus meiner Sicht nicht mehr
alle Latten am Zaun.”*

Olaf Scholz im Stern-Interview



Themen

1. Gerichtsentscheidung AfD
2. Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes
3. Meine Rede zur Städtebauförderung
4. Wirtschaftliche Lage in Deutschland: Überblick
5. AG Kommunalpolitik
6. Wir machen das BaFöG besser
7. Entwicklungszusammenarbeit auf lokaler Ebene
8. Bürokratie abbauen – Deutschlandtempo steigern!

Liebe Leserinnen und Leser,

das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft. Dies hat das Oberverwaltungsgericht in Münster nun bestätigt und somit auch ein Urteil aus der Vorinstanz bestätigt. Damit bekräftigt es, worauf wir schon seit Jahren hinweisen. Die AfD hat sich zu einer völkischen Partei radikalisiert, die rechtsextremes Gedankengut vertritt, Menschen systematisch herabwürdigt und die Menschenwürde mit Füßen tritt. Das Urteil zeigt auch: Unser Rechtsstaat besitzt Instrumente, die unsere Demokratie vor Bedrohungen von innen schützen. Die AfD mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten, ist auch weiter möglich und notwendig.

Viele Prozesse und Regeln in Deutschland dauern zu lange und sind zu umständlich. Deshalb ist es gut, dass wir in dieser Woche das Bürokratieentlastungsgesetz IV erstmals beraten. Bürokratieabbau ist eine Dauer- und eine Querschnittsaufgabe,

es ist wichtig, um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und auch die Verwaltung zu entlasten. Im parlamentarischen Verfahren wollen wir unsere Vorschläge einbringen, ehrgeiziger sein und so das Vorhaben deutlich verbessern.

Bürokratie abzubauen alleine wird aber nicht reichen. Wir machen deshalb den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver, etwa indem wir für wettbewerbsfähige Energiepreise sorgen und Investitionen fördern. Dazu benötigen wir mehr Mittel, für die wir uns in den kommenden Haushaltsverhandlungen einsetzen werden. Zugleich stehen Rentenkürzungen und Einschnitte beim Sozialstaat für uns nicht zur Diskussion. Die Regeln zur abschlags-freien Rente abzuschaffen, wäre für viele Beschäftigte ein harter Schlag. Wir stehen an der Seite derjenigen, die 45 Jahre hart gearbeitet haben und teilweise bereits mit 16 oder 17 Jahren ins Berufsleben eingestiegen sind. Sie haben unseren Respekt verdient und können auf uns zählen!

Viel Spaß mit dem neuen, modernisierten Update!

Herzliche Grüße,

AfD: Ein rechtsextremer Verdachtsfall



Das Oberverwaltungsgericht Münster weist die Berufung der AfD zurück – damit darf der Verfassungsschutz die Partei als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen. Für mich sind das Nachrichten, denen ein Aufwachen der Bevölkerung folgen muss – gerade in den aktuellen Zeiten. Das Urteil ist ein klarer Auftrag an die Zivilbevölkerung, an die gesellschaftliche Mitte, an die so oft titulierte „schweigende Mehrheit“. Es liegt an uns allen, bei den kommenden Wahlen zu zeigen, dass wir die Warnungen des Verfassungsschutzes ernst nehmen und ganz klar „Nein“ zur AfD sagen. Genau die von den Rechtsextremen immer wieder angesprochene „schweigende Mehrheit“, darf nicht mehr schweigen:

Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes

Statistische Erhebungen der Bautätigkeit stellen wichtige Informationen für verschiedene Bereiche bereit. Um die Datengrundlage und somit die Möglichkeiten zur politischen Steuerung zu verbessern, ist nun eine Änderung des Hochbaustatistikgesetzes geplant. Künftig sollen damit auch unterjährig Daten zur Verfügung stehen, außerdem werden neue Merkmale ergänzt, der Prozess wird vereinfacht und digitalisiert. Vorgesehen ist eine monatliche Erhebung und eine vierteljährliche Veröffentlichung. Erhoben werden soll dann endlich auch der Anteil des sozialen Wohnungsbaus. Der Bundestag berät in dieser Woche über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes in 1. Lesung.

Am 9. Juni ist Europawahl – und eine vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestufte Partei darf für niemanden wählbar sein. Es geht bei der Europawahl weder um einen „Denkzettel“ für „die da oben“, noch um Unterstützung der schweigenden Mehrheit – Materialien aus dem Werkzeugkoffer des Populismus. Das darf nicht mehr funktionieren. Gerade die Diffamierungen gegenüber dem SPD-Kandidaten Gilbert Wamba im Kreis Warendorf, weisen auf das Umfeld von Rechtsextremen und AfD.

Aus rechtlicher Perspektive ist mit dem Urteil der Weg frei, die AfD offiziell zu „beobachten“, also nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen. Doch dies ist nicht alles, was der Verfassungsschutz tun kann. Der mögliche nächste Schritt wäre, der Partei eine „gesichert extremistische Bestrebung“ nachzuweisen.

Diese gibt es laut Verfassungsschutz beispielsweise bei der Jugendorganisation der AfD, der Jungen Alternative (JA), sowie bei mehreren Landesparteien wie in Sachsen und Thüringen. Laut neueren Berichten arbeitet der Bundesverfassungsschutz bereits seit letztem Jahr an solch einer Hochstufung, hat aber noch auf die Entscheidung des Münsterschen Gerichts gewartet. Wenn der AfD möglicherweise bald eine gesichert rechtsextreme Besinnung zugewiesen wird, könnte dies die Grundlage für ein mögliches Parteiverbot sein.

Meine Rede zur Städtebauförderung

Die Städtebauförderung leistet seit über 50 Jahren einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Städte und Gemeinden. Seitdem wurden mehr als 12.100 Maßnahmen in 4.000 Kommunen finanziell unterstützt. Allein der Bund hat in den vergangenen Jahrzehnten 21,6 Milliarden Euro bereitgestellt.

Die Schwerpunkte der Städtebauförderung haben sich im Laufe der Jahre verändert. Wie früher sollen die Mittel dazu beitragen, die Innenstädte und Ortskerne zu stärken, auch unter Denkmalschutz-Aspekten. Die Förderung soll aber auch sozial benachteiligte Quartiere stabilisieren und aufwerten. Ein Schwerpunkt liegt heute auf dem Umbau der städtebaulichen Strukturen: Leerstehende Wohnungen, Büros oder Brachflächen sollen wiederbelebt werden. Die Mobilitätswende ist mittlerweile im Programm fest verankert. Um an Fördermittel zu kommen, müssen seit 2020 verbindlich auch Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung eingeplant werden. Außerdem sind ländliche Räume und strukturschwache Regionen zunehmend in den Fokus der Städtebauförderung gerückt.

Durch die Stabilisierung der Fördermittel in Höhe von 790 Euro leistet die Bundesregierung nicht nur eine historisch hohe Unterstützung, sondern sendet ein klares Zeichen der Verlässlichkeit in unsere Kommunen. Der Stadtumbau ist vielen Orts im vollen Gang, der soziale Zusammenhalt kann sich durch attraktive Begegnungsstätten verstärken und regionale Ungleichheiten werden ausgeglichen. Mit unserem finanziellen Bekenntnis für eine nachhaltige Städtebauförderung stärken wir nicht nur das Vertrauen der Kommunen, sondern auch privater Investoren, die sich in sozialen Brennpunkten und Stadtumbaugebieten engagieren.

Mit der Kofinanzierung von mindestens 30 Prozent der Fördermittel leistet die Städtebauförderung einen spürbaren Impuls in die regionale Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen, denn mit jedem Euro Städtebauförderung generieren wir zusätzlich im Durchschnitt 7 Euro private oder öffentliche Bauinvestitionen. So entstehen hohe Investitionssummen, die letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.

Und die zusätzlichen Investitionen leisten einen wichtigen Wachstumsimpuls für das Handwerk, das wiederum einen großen Beitrag zum Erhalt der Baukultur in unseren Zentren leistet. Das Spektrum reicht dabei vom Umbau einzelner Immobilien, über den grundlegenden Umgang mit dem Baubestand bis hin zum zukunftsgerichteten Quartier. Die neu geschaffenen Räume weisen eine hohe Gestaltungs- und Nutzungsqualität auf. Dabei spielt Baukultur eine entscheidende Rolle zur Schaffung von Orten, an denen man gerne wohnt und Plätzen, auf denen man sich gerne trifft, in lebenswerten Nachbarschaften, in vielfältigen Quartieren. Das Ziel einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung steht dabei immer im Fokus. Es zahlt sich also aus, dass wir Bundeshaushalt die Fördermittel auf 790 Millionen Euro versteigt haben.

Wir sind uns bewusst, dass die Städtebauförderung als Aufgabe des Bundes gemeinsam mit den Ländern fortgeführt und verlässlich finanziert werden muss, um Ländern, Kommunen und Projektbeteiligten Planungssicherheit für mittel- und langfristige Projekte zu geben. Umso erfreulicher sind die positiven Signale, wonach die Finanzierung gesichert ist und wir hoffentlich auf weitere, erfolgreiche 50 Jahre Städtebauförderung mit all seinen schönen Facetten uns verlassen können.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland: Ein Überblick

Die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine hat die deutsche Bundesregierung vor Herausforderungen gestellt, ihre Ziele von höherer Wettbewerbsfähigkeit, mehr Innovation, gesichert guter Arbeit und der sozial-ökologische Transformation umzusetzen. Sie hat auf diesen externen Schock geschlossen und zügig reagiert und sich von der Export- und Energieabhängigkeit von Russland unabhängig gemacht. Gleichzeitig wurden Haushalte und Unternehmen durch mehrere Entlastungspakete vor den Folgen der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg entlastet und gleichzeitig das Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigt. Somit stellt sich die SPD-Bundestagsfraktion klar gegen das permanente Schlechttreden des Standorts Deutschland, mit zurückgehender Inflation und Energiepreisen, einem stabilen Arbeitsmarkt und steigenden Reallöhnen: Die Entwicklung der Wirtschaftslage ist insgesamt positiv, das BIP erholt sich langsam mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von 1% im Jahr 2025 (2024: 0,3%) Die Inflationsrate ist sinkend (2,2%) und die Industrieproduktion steigt stetig an. Die Stimmung sowohl der Wirtschaft als auch der Konsumenten stabilisiert sich und hellt sich auf. Obwohl der Schuldenbremse mit der Begründung der Notwendigkeit von einem größeren Anstieg der öffentlichen Investitionen als bisher widersprochen wird, wird diese bei einer international niedrigen Schuldenquote 2024 wieder eingehalten. Die Erwerbstätigenzahlen in Deutschland befinden sich mit ca. 46 Mio. Erwerbstätigen auf einem Rekordhoch. Trotz der niedrigen Arbeitslosenquote von 6% soll durch Weiterbildungsmöglichkeiten und den Job-Turbo das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht werden.

Vom Anstieg des Mindestlohns haben etwa 5,8 Mio. Menschen profitiert und der Niedriglohnsektor ist daraufhin um 1,5 Mio. Jobs geschrumpft (19% à 15%). Im vergangenen Jahr gab es bei der Rente eine deutliche Anpassung von über 4% in Ost und West gleichermaßen, auch weil die Rentenbeitragssätze entgegen früheren Prognosen stabil geblieben sind. Bis 2025 soll mit dem Rentenpaket II die dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48% beschlossen werden. Die Kritik einer „Aufblähung des Sozialstaats“ ist gesehen am internationalen Vergleich falsch, der Anteil der staatlichen Sozialausgaben ist mit 26,7% (2019) unauffällig und gleichzeitig notwendig für die Krisenresistenz und den Standortsattraktivität Deutschlands allgemein.

Bis 2030 sollen 80% des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren kommen. Dieses Ziel wurde durch das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) massiv vorangetrieben mit dem Resultat, dass 2023 bereits mehr als die Hälfte aus Erneuerbaren kommt. (+11% zu 2022) Der durchschnittliche Strompreis für kleine und mittlere Betriebe ist 2024 weiter um 28% zum Vorjahr gesunken. Vor allem die Abschaffung der EEG-Umlage und niedrigere Beschaffungskosten haben diesen gedrückt, jedoch ist der Strompreis insgesamt im OECD-Vergleich immer noch sehr hoch. Für Haushalte hingegen ist der Strompreis um ca. 8% gesunken, wobei die durchschnittliche Monatsrechnung für Ein- und Mehrfamilienhäuser seit 2022 vor allem aufgrund niedrigerer Beschaffungskosten schrittweise gesunken ist. Da die Strompreise jedoch auch für Haushalte auf einem hohen Niveau verharren, plant die Bundesnetzagentur die Netzentgelte zu reformieren.

Im Rahmen einer Arbeitssitzung haben wir in dieser Woche in der AG Kommunalpolitik unser Gespräch mit Hubertus Heil zum Fachkräftemangel nachbearbeitet. Zu Gast war dafür Martin Rosemann, der Sprecher für Arbeit und Soziales in der SPD-Bundestagsfraktion. Martin hat uns berichtet, inwieweit die Fachkräftestrategie der SPD die Bundesrepublik für ausländische Fachkräfte attraktiv machen kann. Zuerst einmal hat er jedoch wie Hubertus in der letzten Sitzungswoche betont, wie dringend notwendig die qualifizierte Zuwanderung für unseren deutschen Arbeitsmarkt eigentlich ist und wie dies von den Kommunen und der Verwaltung auch ganz klar realisiert wird. Die Problematik bei der Anwerbung und dem Standort Deutschland liegt jedoch vor allem darin, dass Berufsausbildungen aus dem Ausland nur sehr schwer bis gar nicht in Deutschland anerkannt werden, sodass beispielsweise Pfleger oder Erzieher aus dem Ausland nach Deutschland kommen müssten, um hier noch einmal jahrelang dieselbe Ausbildung nachzuholen, welche sie bereits besitzen. Obwohl die Regeln bei der Anerkennung nun so abgeändert werden sollen,



dass qualifizierte Leute auch sofort in ihren Branchen arbeiten können, läuft die Umsetzung leider immer noch nicht ohne Probleme. So sind bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland 3 verschiedene Behörden am Prozess beteiligt: Das Auswärtige Amt mit der Ausstellung des Visums, die Ausländerbehörden und die Bundesagentur für Arbeit. Hier treten Kommunikationsschwierigkeiten auf, was zum Beispiel daran liegt, dass die Ausländerbehörden auf kommunaler Ebene betrieben werden und häufig nicht ausreichend digitalisiert sind. Dies führt dazu, dass die ohnehin schon überforderten Ausländerbehörden nicht hinterherkommen. Um Probleme mit Digitalisierung wie diese zu lösen, soll es künftig das sogenannte OZG 2.0 geben, was den zweiten Teil unserer AG-Sitzung ausgemacht hat. Hierzu hat uns Dunja Kreiser, die stellvertretende Sprecherin der AG Inneres, den Stand der Lage geschildert. Das OZG 2.0 wurde durch den Bundesrat blockiert, weswegen unsere Innenministerin Nancy Faeser den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat angerufen hat. Hier wird nun von der SPD versucht, dieses wichtige Gesetz zur Digitalisierung möglichst zeitnah auf den Weg zu bringen. Das Gesetz beinhaltet viele verschiedene Maßnahmen, welche alle dazu führen sollen, dass man künftig online und komplett digitalisiert (also komplett ohne das Ausfüllen von Anträgen) bei einem zentralen Portal alle Leistungen wie z.B. Kindergeld beanspruchen kann. Dieses Gesetz ist für die Verwaltungen der Kommunen dringend notwendig, jedoch wie Dunja stets betont, vor allem für die Bürgerinnen und Bürger gedacht, welche eine enorme Entlastung im Umgang mit der Bürokratie erfahren werden.

Seit über 50 Jahren unterstützt das Bafög junge Menschen bei ihrer Schul- oder Hochschulausbildung. Damit die Förderung wieder besser zum Studierverhalten und zum Leben passt, sorgen wir für mehr Flexibilität, bessere Startbedingungen und höhere Freibeträge. Damit wird das Bafög besser und gerechter für alle.

Künftig können Studienanfänger:innen, die etwa Bürgergeld oder Wohngeld beziehen, eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Ausgaben zu Beginn des Studiums erhalten. Wer nebenbei arbeitet, kann sich über höhere Freibeträge freuen. Ein Minijob bleibt anrechnungsfrei.

Zudem kann ohne Angabe von Gründen ein Semester länger studiert werden und Studienfachwechsel sind später im Studium möglich. Klar ist aber auch: Neben strukturellen Verbesserungen brauchen Studierende auch einen Ausgleich für gestiegene Preise. Wir als SPD-Fraktion setzen uns deshalb im parlamentarischen Verfahren für einen höheren Grundbedarf und eine höhere Wohnkostenpauschale ein. Außerdem wollen wir die geplante Anhebung des Schuldendeckels zurücknehmen. Wer eine Ausbildung aufnimmt, soll keine Angst vor einem wachsenden Schuldenberg haben müssen.

Kommunale Potenziale für Entwicklungszusammenarbeit nutzen

Die Anzahl kommunaler Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden, insbesondere mit dem Globalen Süden, hat sich in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) hat sich beispielsweise die Zahl kommunaler Partnerschaften mit afrikanischen Städten und Gemeinden seit 2010 versechsfacht. Das ist eine gute Nachricht, denn laut OECD können die meisten Ziele für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals – SDGs“) der Vereinten Nationen nur gemeinsam mit Regionen, Städten und Gemeinden erreicht werden. Das zeigt: Kommunen kommt innerhalb der Entwicklungs-zusammenarbeit eine bedeutende Rolle zu. mso wichtiger ist deshalb, diese Potenziale künftig auszuschöpfen. Die Ampelfraktionen bringen deshalb in dieser Woche den Antrag

„Kommunale Potenziale nutzen – Entwicklungspolitisches Engagement auf lokaler Ebene stärken“ in den Bundestag ein. Darin fordern wir auch eine Strategie zur dezentralen Entwicklungszusammenarbeit, um die Kommunen und Bundesländer noch besser mit ihren Pendants in anderen Staaten zu vernetzen. Dazu soll die Bundesregierung die Einführung einer digitalen Plattform prüfen, damit Kommunen international noch besser kooperieren können. Zudem soll sie sich dafür einsetzen, dass es Frei-stellungen und Entsendungen für Personal kommunaler Unternehmen gibt, um den gegen-seitigen Austausch zu fördern. Auch soll die Zusammenarbeit von trilateralen Partnerschaften gestärkt und kommunale Vertreter:innen in deutsche Verhandlungsdelegationen auf europäischer und internationaler Ebene vermehrt einbezogen werden.

Bürokratie abbauen – Deutschlandtempo steigern!

Bürokratieabbau ist eine Querschnitts- und Daueraufgabe. Wir sind angetreten, um Bürger:innen, Unternehmen und Verwaltungen zu entlasten, Prozesse zu verschlanken und deutlich schneller zu machen. Ein wichtiger Baustein auf dem Weg dahin ist das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV), das Teil des Meseberger Entbürokratisierungspakets vom Sommer 2023 ist. Wir beraten den

Gesetzentwurf der Bundesregierung in dieser Woche in 1. Lesung.

Das BEG IV enthält ein ganzes Maßnahmenbündel aus verschiedenen Bereichen. Zu den zentralen Maßnahmen gehören:

Die Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege sollen von zehn auf acht Jahre verkürzt werden und für deutsche Staatsangehörige soll es keine Hotelmeldepflicht mehr geben.

Mit einer Vollmachtsdatenbank für Steuerberater:innen führen wir Vollmachten im Bereich der sozialen Sicherung ein.

Unternehmen müssen dann ihren Steuerberater:innen nicht mehr zahlreiche Vollmachten schriftlich für die jeweiligen Träger der sozialen Sicherung ausstellen.

Eine Generalvollmacht, die in der Vollmachtsdatenbank elektronisch eingetragen und von allen Trägern der sozialen Sicherung abgerufen werden kann, genügt. Davon werden circa 1,9 der rund 3,2 Millionen Arbeitgeber:innen in Deutschland profitieren, die ihre Entgeltabrechnung durch Steuerberater:innen erledigen lassen.

Formerfordernisse sollen abgesenkt werden, damit viele Rechtsgeschäfte künftig ohne Medienbrüche digital abgewickelt werden können.

Weitere Maßnahmen sind die Digitalisierung der Betriebskostenabrechnung und die Möglichkeit, künftig bei der Flugabfertigung Reise-pässe digital auszulesen. Insgesamt soll dieses Paket die Wirtschaft jährlich um rund eine Milliarde Euro entlasten.

Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir einen breiten Prozess gestartet, um Verbesserungsvorschläge einzuholen. Rund 200 Maßnahmen zum Bürokratieabbau wurden dabei vorgeschlagen. Im parlamentarischen Verfahren wollen wir unsere Vorschläge einbringen, ehrgeiziger sein und so das Vorhaben deutlich verbessern. Wir wollen über die Bonpflicht diskutieren sowie über die automatische Auszahlung des Kindergeldes und die Entschlackung des Beauftragtenwesens für Unternehmen, das insbesondere kleine und mittlere Betriebe entlasten soll.

